

Politik im Kampf um ältere Arbeitnehmende

# Droht ein Scherbenhaufen?

Überbrückungsrente Ü60, Standortbestimmungen für 40plus, Coaching für Ausgesteuerte, Begrenzungs-Initiative der SVP, angekündigte Volksinitiative «Schutz vor Altersdiskriminierung»; alles Instrumente, die vorgeben die Lage der Älteren auf dem Arbeitsmarkt zu verbessern. Tun sie dies wirklich, wenn ja, inwiefern und um was geht es allenfalls auch noch? Diesen Fragen stellen sich Vertreterinnen und Vertreter verschiedener Organisationen.

## Podiums-Diskussion

**Datum** 22. August 2020

**Ort** Pfarreisaal St. Leodegar,  
Hofkirche Luzern

**Zeit** 10.30 bis 12.00 Uhr

Arbeitgeberverband

Travail Suisse

Vertretung Begrenzungsinitiative

Avenir50plus Schweiz

Moderation

**Valentin Vogt, Präsident**

**Dr. Thomas Bauer**

Name noch offen

**Heidi Joos, Geschäftsführerin**

**Dr. Heinrich Hugenschmidt**

**Anschliessend Apéro und Risotto**

**Anmeldung wegen Corona:** admin@avenir50plus.ch

Fünf Jahreskonferenzen der Sozialpartner zum Thema Alter und Arbeitsmarkt vermochten nicht das hervorzubringen, was die Angst vor einem JA zur Begrenzungs-Initiative der SVP in Bewegung setzte. Der Bundesrat und mit ihm im Boot die Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände verabschiedete am 15. Mai 2019 sieben Massnahmen\*, um das inländische Arbeitspotenzial zu fördern und um damit sicherzustellen, dass Schweizer Unternehmen so viele Arbeitskräfte wie möglich in unserem Land rekrutieren können. So das offizielle Wording.

Eine davon ist die Überbrückungsrente für 60plus, für die sich die Arbeitnehmer und Arbeitgeberverbände ins Zeug legten, eine Idee übrigens, die Avenir50plus einst mit einer Aktion an einer Mitgliederversammlung der SKOS ins Gespräch brachte. Eine Gruppe SVPLer hat bereits das Referendum dagegen ergriffen, womit dieses neue Sozialwerk, das in der Beratung beinahe alle Federn lassen musste, nicht wie vorgesehen am 1.1.2021 in Kraft tritt, sondern vorerst die Hürde einer Volksabstimmung nehmen muss. Das Ziel dieser Aktion ist klar: Die Unzufriedenheit und Angst der Älteren sollen sich in einem JA zur Begrenzungs-Initiative manifestieren. Ob diese Rechnung aufgeht?

Bringt die Begrenzungs-Initiative tatsächlich den Älteren bessere Chancen auf dem Arbeitsmarkt? Sicher wie das Amen in der Kirche ist, dass die vermeintlich fehlenden Arbeitskräfte über Kontingente ins Land finden, wie wir das bereits vor Einführung der Personenfreizügigkeit hatten. Dafür wird die SVP als wirtschaftsfreundliche Partei sorgen. Begrenzt wird in erster Linie der Familiennachzug, der heute immerhin beinahe 40 Prozent der Zuwanderung ausmacht.

Vehement gegen die Begrenzungs-Initiative legen sich die Arbeitnehmerorganisationen ins Zeug. Ihre Angst ist es, dass damit die flankierenden Massnahmen ins Wasser fallen, die heute vor allem seitens der EU bekämpft werden. Fallen die Bestimmungen weg, wonach ausländische Firmen ihren Mitarbeitenden auf dem Entsendemarkt den gleichen Lohn zahlen müssen, wie es die Gesamtarbeitsverträge für Schweizer Arbeitnehmende vorsieht, wird in der Tat das inländische Gewerbe noch mehr der Konkurrenz ausgesetzt.

Einen anderen Ansatz zum Schutz der Älteren auf dem Arbeitsmarkt sieht der Verein Allianz gegen Altersdiskriminierung. Mittels Volksinitiative will er einen gesetzlichen Schutz vor Altersdiskriminierung verankern. Art. 8 Abs. 2 der Bundesverfassung verbietet zwar Diskriminierung aufgrund des Alters, doch ohne ein Gesetz, lässt sich dieses Verbot nur auf öffentlich-rechtliche Verhältnisse anwenden.

### Fakten 2019:

Nettozuwanderung	55 000
Grenzgänger*innen	330 000
Entsendemarkt	120 000



